

Nr. 3/Juni 2013

VENRO-Standpunkt

An der Zwei-Grad-Grenze festhalten – Klimaschutz nicht aufgeben!

Es war einer der wichtigsten Erfolge der Klimagipfel in Kopenhagen und Cancún: Die verhandelnden Staaten einigten sich auf das Ziel, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und ihre Treibhausgas-Emissionen entsprechend zu reduzieren. Heute – nur wenige Jahre später – wird diskutiert, ob dieses Ziel nicht wieder aufgegeben werden müsse. Die Begründung: Die Zielerreichung sei unrealistisch, die Emissionen stiegen zu schnell und eine Trendwende sei nicht absehbar. Aus der Sicht von VENRO ist eine Neuformulierung des klimapolitischen Zieles zum jetzigen Zeitpunkt weder erforderlich noch zielführend. Durch die Folgen des Klimawandels erhöht sich die Anzahl der Armen drastisch. Die Zeit für die nötige Wende ist knapp, umso besser muss sie genutzt werden, um die Weichen in Richtung klimafreundlicher Weltgesellschaft zu stellen und einen in großem Maßstab gefährlichen Klimawandel noch abzuwenden.

Politische Messlatte der internationalen Klimapolitik

Die Zwei-Grad-Grenze stellt eine wichtige Leitplanke der internationalen Klimapolitik dar. Sie definiert das in der Klimarahmenkonvention von 1992 benannte Ziel, einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Die Zwei-Grad-Grenze soll den Rahmen darstellen, in dem Anpassung an die durch den Klimawandel entstandenen Veränderungen gerade noch möglich scheint. Gleichzeitig soll sie ein gewisses (nachhaltiges) Wachstum der Weltwirtschaft, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern, ermöglichen. In der Klimawissenschaft wird argumentiert, dass bei Überschreitung einer Erderwärmung um mehr als zwei Grad unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem einsetzen könnten, die kaum vorhersehbare und vor allem nicht mehr zu be-

hebende Schäden verursachen würden. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, steht der Weltgemeinschaft im Grunde nur noch ein begrenztes Budget an Treibhausgas-Emissionen zur Verfügung. Nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) beträgt es nunmehr circa 750 Milliarden Tonnen. Je später mit ernsthaftem Klimaschutz begonnen wird, desto steiler müsste der globale Reduktionspfad sein. Im globalen Durchschnitt dürften dann nur noch weit weniger als zwei Tonnen pro Kopf jährlich ausgestoßen werden. Deutschland ist heute bei circa zehn Tonnen.

Folgen einer Erderwärmung um zwei Grad

Bereits heute, bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 0,8 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau, sind negative Konsequenzen des Klimawandels sichtbar. Deshalb kritisieren kleine Inselstaaten und andere Entwicklungsländer sowie viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen seit jeher die Zwei-Grad-Grenze als unzureichend. Im Prozess der Vereinten Nationen (UN) wurde auf Drängen vieler Entwicklungsländer daher vereinbart, in den nächsten Jahren zu prüfen, ob nicht eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius notwendig wäre. Denn für niedrig liegende Inselstaaten, zum Beispiel im Südpazifik, bedeutet bereits der aus einer Zwei-Grad-Erhöpfung resultierende Meeresspiegelanstieg den Untergang. In Afrika hätte die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius zum Teil lokale Temperaturerhöhungen um bis zu sechs Grad Celsius zur Folge. Dadurch werden die Lebensgrundlagen von hunderten Millionen Menschen bedroht. Von diesen schwerwiegenden Folgen bei einer noch eher geringen Zunahme der Temperaturen zeugt auch das zunehmende Interesse an nicht mehr vermeidbaren und/oder

bereits eingetretenen Schäden („Loss and Damage“) in den Klimaverhandlungen und der damit verbundenen Frage nach Kompensationszahlungen durch die Verursacher des Klimawandels.

Globale Erwärmung weiter ungebremst

Angesichts der geringen Anstrengungen beim Klimaschutz besteht die Gefahr, ein Überschreiten der Zwei-Grad-Grenze nicht mehr vermeiden zu können. Das Umweltprogramm der UN (UNEP) stellt in seinem Bericht „The Emissions Gap Report 2012“ fest, dass selbst wenn alle Staaten ihre internationalen Klimaschutzzusagen umsetzen, bis 2020 acht Gigatonnen (Gt) Treibhausgase zu viel ausgestoßen würden, um die Zwei-Grad-Grenze einzuhalten. Die bisherigen Klimaschutzverpflichtungen und -zusagen sind also absolut nicht ausreichend. Weltweit sind die Emissionen in den letzten Jahren schneller angestiegen als jemals zuvor. Chinas Beitrag zur Erderwärmung war 2008 zum ersten Mal so groß wie der der USA. 2011, nur drei Jahre später, betragen die chinesischen Emissionen bereits das Eineinhalbfache der US-Emissionen. Und trotzdem liegen die Pro-Kopf-Emissionen in den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor weit unter denen der „alten“ Industrieländer, die in den letzten Jahren insgesamt ihre Emissionen nur marginal verringert haben und deshalb einen noch viel größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen.

Auf dem Weg in eine Vier-Grad-Welt

Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) müsste die Menschheit zwei Drittel der bekannten fossilen Rohstoffvorkommen im Boden belassen, um auch nur eine 50 zu 50-Chance zu erhalten, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Stattdessen ist in der Öl- und Kohleindustrie heute ein weiterer Abbau fossiler Rohstoffe fest eingeplant, der zu zusätzlichen Emissionen führt, die dem Fünffachen der noch erlaubten Emissionen entsprechen. Denn bisher basiert Wirtschaftswachstum auf einer Steigerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Nicht von ungefähr warnte die Weltbank im November 2012 in ihrem Bericht „Turn Down the Heat“ vor den Folgen des ungebremsten Klima-

wandels: Bei einem Temperaturanstieg um mehr als vier Grad Celsius würde der Meeresspiegel bis Ende dieses Jahrhunderts um mehr als einen Meter ansteigen. Missernten, Verschiebung der Jahreszeiten um mehrere Wochen, Extremwetterereignisse und damit verbundene Hungersnöte wären die Folge. Die Anpassungskapazität ganzer Gesellschaften an derartige Veränderungen wäre überfordert.

Abschied von der klimapolitischen Messlatte?

Angesichts der fehlenden politischen Ambition wird vermehrt debattiert, ob sich die Klimapolitik von ihrer zentralen Messlatte verabschieden müsse. Vereinzelt interpretierten Medien den Weltbankbericht „Turn Down the Heat“ und das darin gezeichnete Vier-Grad-Szenario als Abkehr vom Ziel, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, obwohl er explizit das Gegenteil fordert. Andere Stimmen meinen, dass diese Grenze von Beginn an ein Selbstbetrug der Klimapolitik gewesen sei und Wissenschaft und Umweltbewegung sich mitschuldig am Scheitern der Klimapolitik machten, wenn sie weiter an diesem unrealistischen Ziel festhielten. Wissenschaftler fragen, ob nicht jedes absolute Klimaziel mit der Gefahr verbunden sei, dass es politische Entscheidungsträger aus der Verantwortung entlasse, sobald eine entsprechende Erwärmung wirklich nicht mehr vermeidbar oder gar überschritten würde. Denn genau darauf wiesen alle aktuellen Entwicklungen hin.

Zwei-Grad-Grenze nicht aufgeben

VENRO ist der Ansicht, dass die Zwei-Grad-Marke nicht aufgegeben werden darf. Erstens fehlt dem Argument, ambitionierte Ziele ständen einer ambitionierten Klimapolitik entgegen, jegliche Evidenz. Vielmehr haben sich viele Staaten bei der Entwicklung ihrer Klimaschutzziele und Maßnahmen an der Zwei-Grad-Marke orientiert, und diese wären vermutlich in vielen Fällen ohne dieses globale Ziel weniger ambitioniert ausgefallen. Zweitens ist es technisch und wirtschaftlich nach wie vor möglich, die Erwärmung auf unter zwei Grad zu halten. Das legt der UNEP-Report „Bridging the Emissions Gap“ nahe. Dazu müssten weltweit und sofort Klimaschutzmaßnahmen

massiv verstärkt werden. Dies erfordert freilich massive Anstrengungen und einen entsprechenden politischen Willen, der derzeit nicht vorhanden ist. Jedoch wäre es fatal, deswegen zu resignieren und gar eine neue Obergrenze von drei oder vier Grad zu definieren. Gerade Nichtregierungsorganisationen (NRO) und ambitioniertere Regierungen müssen darauf hinweisen, dass es am Willen und nicht an der Machbarkeit scheitert, und die Frage aufwerfen, ob es nicht auch eines neuen Wohlstandsverständnisses bedarf, das nicht die Anhäufung von Kapital, sondern ein gutes Leben für alle in den Mittelpunkt stellt.

Neue Wege für die Klimadiplomatie

Ohnehin stimmen Befürworter und viele Kritiker der Zwei-Grad-Grenze letztlich darin überein, dass eine große Transformation hin zu einer Weltwirtschaft vonnöten ist, die ohne fossile Rohstoffe auskommt und ihre Ökosysteme schützt. Die Frage nach dem „richtigen“ Ziel der Klimapolitik vermischt sich allerdings auch häufig mit der Frage, ob dies durch den „perfekten globalen Vertrag“ erreicht werden kann oder ob sich mehr Chancen in der nationalen oder gar lokalen Politik und Wirtschaft ergeben sowie in der Bildung einer „Koalition der Willigen“ auf internationaler Ebene. Diese Forderung hat große Relevanz. Klimapolitisch aktive Entscheidungsträger, aber auch wissenschaftliche Politikberater, NRO und soziale Bewegungen müssen ihre Kräfte strategisch und breit gefächert einsetzen. Aber ein Entweder-oder ist in keiner Weise zielführend. Denn nach wie vor hat die Formel „internationale, nationale und lokale Weichenstellungen bedingen sich gegenseitig“ weiterhin Bestand, sodass UN-Vereinbarungen immer noch eine wichtige Rolle spielen. Bilaterale Vereinbarungen, innovative Koalitionen und Partnerschaften auch unterhalb der Ebene der Staatlichkeit können und müssen diese aber sinnvoll flankieren.

Politische Verantwortung wahrnehmen

Nach wie vor ist ein ausreichend ambitionierter Klimavertrag nicht greifbar. Die Welt steuert derzeit ungebremst auf einen gefährlichen Klima-

wandel zu. Die Bevölkerung und vor allem die stark vom Klimawandel betroffenen Menschen in den Entwicklungsländern müssen sich auf das derzeit wahrscheinlichere Szenario eines deutlich höheren Temperaturanstiegs auf bis zu vier Grad Celsius vorbereiten. Eine Abkehr von der Zwei-Grad-Grenze würde jedoch bedeuten, die Politik aus der Verantwortung zu entlassen. Sie muss ihren Verpflichtungen aus der Klimarahmenkonvention nachkommen – zumal das globale Klimaziel rechnerisch noch erreichbar ist. Die Studien von UNEP, der Weltbank und der IEA machen deutlich: Je niedriger der Temperaturanstieg, desto geringer werden die Schäden ausfallen. Je früher und deutlicher die Emissionen sinken, desto höher die Erfolgsaussicht, den gefährlichen Klimawandel noch bändigen zu können – von den Kosten der Klimawandelfolgen und der Zunahme von Armut, Krankheit, Unterernährung und Konflikten ganz zu schweigen.

Forderungen von VENRO

VENRO fordert die Bundesregierung und alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dazu auf, ihren Beitrag zur Einhaltung der Zwei-Grad-Marke zu leisten und Klimaschutz wieder zur Chefsache zu machen. Folgende Aspekte sind in diesem Zusammenhang in der nächsten Legislaturperiode von besonderer Bedeutung:

- Am deutschen Klimaschutzziel von einer 40-prozentigen Verringerung bis 2020 gegenüber den Emissionen von 1990 muss festgehalten werden.
- Erforderlich ist die Erstellung eines Fahrplanes für den Ausstieg aus der Nutzung der fossilen Rohstoffe – und hier insbesondere der Kohle – bis 2050.
- Diese Ziele müssen in ein Klimaschutzgesetz überführt werden. Die Energiewende muss dann nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichen, sondern den Einstieg in 100 Prozent erneuerbare Energien regeln.
- Die Bundesregierung muss sich für eine innovative und konstruktive Klimaschutzpolitik auf EU-Ebene einsetzen und durch das Vorzeigeprojekt „Energiewende Deutschland“ andere

Länder für diesen Weg gewinnen. Dies umfasst ambitionierte Klimaschutzziele von mindestens 30 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 und 95 Prozent Reduktion bis 2050 und erfordert eine Reform des EU-Emissionshandels.

- Zudem sollte die EU Koalitionen mit anderen klimapolitischen Vorreiterstaaten eingehen und das Vertrauen in ihr Handeln, insbesondere in den Entwicklungsländern, stärken. Dies ist gerade für die Verhandlungen hin zu einem neuen Klimaabkommen bis 2015 zentral.
- Diese Maßnahmen können nur erfolgreich sein, wenn verlässliche, vorhersagbare und ausreichende finanzielle Unterstützung von den Industrieländern bereitgestellt wird.
- Die Finanzmittel müssen für Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen, aber auch zur Regulierung von Schäden und Verlusten als Folge des Klimawandels bereitgestellt werden.

Mögliche Konsequenzen des Klimawandels infolge der durchschnittlichen Erderwärmung

1,5 Grad

- Korallenriffe, Grundlage des Lebens in Ozeanen und Schutzbarriere gegen Sturmfluten, werden durch Ozeanversauerung und Temperaturanstieg massiv gestört.

2–3 Grad

- Der Meeresspiegel steigt bis 2300 um 1,5 bis vier Meter. Niedrig liegende Inselstaaten, wie Tuvalu, versinken infolge des Meeresspiegelanstiegs im Ozean.
- Wasserprobleme verschärfen sich. Allein in Afrika wären Hunderttausende zusätzlich von Wassermangel bedroht.
- Bis 2050 steigt die Anzahl ernährungsbedingt entwicklungsverzögerter Kinder an, beispielsweise um bis zu 60 Prozent in Südasien.

4 Grad

- Der Meeresspiegel steigt um bis zu einen Meter innerhalb dieses Jahrhunderts.
- Hitzewellen nehmen weltweit zu. Auch die durchschnittlichen Sommertemperaturen nehmen um bis zu neun Grad Celsius zu, zum Beispiel im Mittelmeerraum.
- Durch die Selbstverstärkung der Erwärmung ist ein weiterer Temperaturanstieg auf bis zu sechs Grad in einem weiteren Jahrhundert möglich.

6 Grad

- Die Auswirkungen konnten bisher nicht prognostiziert werden. Aus der Geschichte wird jedoch deutlich, dass die Erde – wie wir sie heute kennen – nicht mehr wiederzuerkennen wäre.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Autor/in: Anika Schroeder (Misereor), Sven Harmeling (VENRO/Germanwatch),
Michael Kühn (Welthungerhilfe)

Redaktion: Dr. Bernd Bornhorst, Anke Kurat (VENRO)

Endredaktion: Kirsten Prestin (VENRO)

Dieser VENRO-Standpunkt ist eine Initiative der VENRO-AG Klimawandel und Entwicklung.

Bonn, Juni 2013